

Bundesland

Wien

Kurztitel

Verwaltungsgericht-Dienstrechtsgesetz

Kundmachungsorgan

LGBL. Nr. 84/2012 zuletzt geändert durch LGBL. Nr. 18/2026

Typ

Gesetz

§/Artikel/Anlage

§ 19

Inkrafttretensdatum

01.07.2026

Außerkrafttretensdatum

31.07.2027

Abkürzung

VGW-DRG

Index

20 Dienstrecht (D)

Text**Funktionszulage**

§ 19. (1) Den Landesrechtspflegerinnen und Landesrechtspflegern gebührt zur Abgeltung aller mit der Funktionsausübung verbundenen qualitativen Mehrleistungen eine monatliche Funktionszulage im Ausmaß von 752,01 Euro.

(2) Die Funktionszulage gemäß Abs. 1 ist eine Leistungszulage im Sinn des § 37a Abs. 1 Z 3 BO 1994. Sie ist gemäß § 2 Abs. 1 des Ruhe- und Versorgungsgenusszulagegesetzes 1995, LGBL. Nr. 72, für die

Ruhegenusszulage anrechenbar. Während der Funktionsdauer ist ein Anspruch auf alle anderen für Beamtinnen und Beamte der Stadt Wien in Frage kommenden Leistungszulagen ausgeschlossen.

(3) Lautet die Beurteilung gemäß § 18 Abs. 3 auf „nicht entsprechend“, vermindert sich die Funktionszulage um die Hälfte.

Schlagworte

Verwaltungsgericht, Dienstrecht, Disziplinarverfahren

Im RIS seit

16.06.2026

Zuletzt aktualisiert am

16.06.2026

Gesetzesnummer

20000032

Dokumentnummer

LWI40018099